

Einstimmiger Beschluss Nr. 16-2024 (21. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

Ablehnung der OKJA-Mittel und Forderung nach tragfähigem Konzept für Osterholz

Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat Osterholz

- lehnt den vom Amt für Soziale Dienste (AfSD) vorgelegten Mittelverteilungsvorschlag für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) des Haushaltsjahres 2024 für den Stadtteil Osterholz ab.
- fordert eine Finanzierung der im OKJA-Budget genannten Einrichtungen in Osterholz, die den Erhalt der bisherigen Angebote und Beschäftigungsvolumen in der haushaltslosen Zeit sichert.
- fordert ein neues, tragfähiges und für die jeweiligen Träger zuverlässiges Finanzierungs-Konzept für die OKJA-Mittel in Osterholz
- fordert das AfSD als zuständige Stelle gemäß §11 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auf, den Beschluss des Beirates dem zuständigen Parlamentsausschuss vorzulegen und bittet den Ausschuss (Sozialdeputation), den Sachverhalt zeitnah zu erörtern und zu beschließen.

Begründung:

Das vom AfSD in Kraft gesetzte OKJA-Budget 2024 für den Stadtteil Osterholz bedeutet eine erhebliche faktische Kürzung. Das Einfrieren des Budgets auf den Anschlag 2023 beinhaltet beispielsweise weder die Mittel für stark gestiegenen Energiekosten, noch werden Tarifsteigerungen für Beschäftigte berücksichtigt. Dies bedeutet, dass Einrichtungen ihr Angebot reduzieren müssen und Honorarkräfte nicht weiter beschäftigt werden können. Der Kinderbauernhof wird beispielsweise nur noch vier Tage in der Woche öffnen können. In einem Stadtteil mit vielen Kindern und Jugendlichen, die aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen kommen, dürfen Kürzungen kein Ansatz zur Bewältigung von Teilhabe sein.

Bremen, 29.01.2024

gez. Kemp
(SPD-Fraktion)

gez. Krauskopf
(CDU-Fraktion)

gez. Dillmann
(GRÜNE-Fraktion)

gez. Last
(LINKE- Fraktion)

gez. Wagner
(FDP)